

NIEDERSCHRIFT

06.09.2018

Az.: 1.3.4

### 7. Sitzung des Ausschusses für Regionalverkehr

**Tag:** 05.09.2018

**Zeit:** 16.00 Uhr bis 17:30 Uhr

**Ort:** Konferenzraum der Stadthalle,  
Leonhardstraße, 38100 Braunschweig

**Anwesend:** Herr Bachmann, Herr Backhaus, Frau Brinkmann, Frau Dirksmeyer-Vielhauer, Herr Egbers-Schoger, Herr Kassel, Frau Köllner (in Vertretung für Herr Volkmann), Herr Köster, Herr Kramer, Herr Lohse, Herr Lührs, Herr Müller, Frau Pifan (in Vertretung für Herrn Hensel), Herr Plonz, Herr Poetsch, Frau Retzlaff, Herr Rieck, Herr Rotzek, Herr Schmidt, Herr Schneider, Herr Schrader, Frau vom Hofe

Herr Ganzauer, Herr Grätz, Herr Hansmann, Herr Lorenz, Herr Merkle, Herr Nalop, Herr Siekmann, Herr Schubert

**Für die Verbandsverwaltung:** Herr Brandes, Herr Rössig, Frau Wolff, Frau Noske, Frau Kunath, Frau Schumacher

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Schneider, eröffnet die 7. Sitzung der sechsten Wahlperiode des Ausschusses für Regionalverkehr und begrüßt die Anwesenden.

Herr Schneider stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht übersandt wurde. Als Tischvorlage liegen vor:

- Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Elektrifizierung von Bahnstrecken
- Informationsvorlage 2018/51: Anfragen der Fraktion der FDP zum Thema: Schülerticket vom 23.08.2018
- Anfrage der Fraktion der SPD: Planung DB-Fernverkehr – ICE-Sprinterlinie zwischen Köln und Berlin

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt. Daraufhin ruft Herr Schneider Punkt 1 der Tagesordnung auf.

## I. Öffentlicher Teil

### Punkt 1

#### **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Regionalverkehr am 11.04.2018**

Auf Wunsch von Herrn Siekmann wird im Protokoll unter TOP 5, Seite 4 folgender Satz gestrichen: „Herr Siekmann gibt an, dass sich die DB Netz AG verpflichtet hat, nicht nur auf die Kosten, sondern auch auf die flächendeckende Bedienung und die Infrastruktur zu achten.“

Das Protokoll wird daraufhin einstimmig beschlossen.

### Punkt 2

#### **ÖPNV –Finanzierung**

##### **Verlängerung der Refinanzierungsverträge mit den Landkreisen**

##### **Beschlussvorlage 2018/34**

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig erläutert die Vorlage.

Herr Schneider bittet Herrn Rössig darum, kurz die möglichen Auswirkungen des z. Z. in Bearbeitung befindlichen neuen Einnahmeaufteilungsverfahrens auf die Refinanzierungsverträge zu erläutern. Herr Rössig erklärt, dass das neue Einnahmeaufteilungsverfahren ab 2020 umgesetzt werden soll. Eventuelle Einnahmeverchiebungen bei den Verkehrsunternehmen, die über die allgemeine Vorschrift finanziert werden sollen, bedingen bei Verlassen der vorgegebenen Korridore eine entsprechende Anpassung der Refinanzierungsverträge. Diese hat einvernehmlich zu erfolgen.

Herr Egbers-Schoger teilt mit, dass diese Verträge ursprünglich als Übergangslösung gedacht waren, um den Verbundtarif als Ganzes zu erhalten. Er fragt nach, wie lange diese Übergangslösung noch andauern soll? Herr Rössig antwortet, dass der lokale Busverkehr in der Region vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch in Zukunft weiterer Finanzierungsquellen bedürfen wird. Vorstellbar sei statt der in Rede stehenden Refinanzierungsverträge auch eine Sonderumlage der Verbandsglieder. Im Rahmen der Erstellung des Nahverkehrsplanes (NVP 2020) soll die zukünftige Ausgestaltung des ÖPNV im Großraum weiter entwickelt werden, so dass Ende 2020 Aussagen über die Kosten möglich sind, für die dann längerfristige Finanzierungskonzepte zusammen mit den Verbandsgliedern zu vereinbaren wären.

Herr Bachmann fragt an, ob es nicht sinnvoll wäre, den Vertrag vor diesem Hintergrund bis 2020 zu befristen? Herr Rössig antwortet, dass dies grundsätzlich möglich wäre, die angestrebte unbefristete Variante mit Verweis auf die bestehenden Kündigungsmöglichkeiten allerdings auch keine Nachteile für die Verbandsglieder hervorruft. Das Vorgehen sei bereits mit den Landkreisen so abgestimmt und würde die bisherigen Verwaltungsaufwände reduzieren.

Herr Egbers-Schoger trägt einen mündlichen Änderungsantrag vor. Er schlägt vor, in den Beschlusstext folgenden Satz mit aufzunehmen: „Parallel will die Verwaltung des Regionalverbandes prüfen, ob die Refinanzierungsverträge künftig durch eine ÖPNV-Sonderumlage ersetzt werden können“. Eine entsprechende Ausarbeitung der Verwaltung sollte dann zum 31.12.2019 vorgelegt werden. Herr Schneider bittet um Abstimmung. Der Änderungsantrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt (zwei Ja-Stimmen).

Herr Schneider stellt fest, dass es keine weiteren Nachfragen gibt.

Herr Schneider bittet um Abstimmung der Vorlage. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**Punkt 3****Aufbau eines regionalen Mobilitätsmanagements****Sachstand und Ausblick****Informationsvorlage 2018/39**

Berichterstatte: Frau Wolff

Frau Wolff erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Herr Lührs fragt nach, für was genau die Investitionen vorgesehen sind. Frau Wolff antwortet, dass hiermit z.B. Softwarebeschaffung, Materialien für (mobile) Beratungsstellen und auch Personalkosten gemeint sind. Investive Baukosten werden nicht gefördert. Herr Kramer stellt fest, dass die Kommunen die Antragsteller sind. Ist es möglich, einen höheren Förderbetrag zu erhalten, wenn der Regionalverband für alle Verbandsglieder gemeinsam einen Förderantrag stellt? Frau Wolff antwortet, dass es sich hier um eine Einzelfallentscheidung seitens des Landes handelt. Die Rückmeldungen aus den Kommunen waren sehr zurückhaltend, weil die Verwaltungen dieses Projekt allein nicht schaffen. Aus diesem Grund könnte der Regionalverband den Förderantrag für alle Verbandsglieder stellen. Herr Rieck begrüßt das Projekt sehr. Er stellt die Frage, ob diese Leistung für den Regionalverband auf Freiwilligkeit beruht. Außerdem möchte er wissen, ob für dieses Projekt weitere Arbeitskräfte nötig sind. Frau Wolff, bejaht beide Fragen. Weiterhin möchte Herr Rieck wissen, mit welchen Kosten gerechnet wird. Frau Wolff antwortet, dass für 3 Jahre allein für eine Informationskampagne mit einem Gesamtbudget von 500.000 Euro gerechnet werden muss. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei dem beschriebenen Projekt um eine Bündelung vorhandener Dienste handelt und nicht um eine Neuentwicklung. Auch Personalkosten können über die Richtlinie gefördert werden. Herr Müller fragt nach, wie die Situation nach Beendigung des Förderzeitraums aussieht. Muss der Regionalverband die Folgekosten tragen? Frau Wolff antwortet, dass dies richtig ist, d.h. wenn das Mobilitätsmanagement nach Auslaufen des Förderprojektes auf Dauer betrieben wird, müsste der Verband alle Kosten inkl. Personalkosten allein tragen. Für einige Bestandteile des Projektes wäre dann aber ein Grundstock geschaffen, auf dem aufgebaut werden könnte. Herr Siekmann fragt nach, ob künftig durch dieses Vorhaben die Information über die Erreichbarkeit per ÖPNV von bestimmten Zielen und Zielgruppen besser erfolgen wird. Frau Wolff bestätigt dies. Herr Bachmann stellt fest, dass es solche Projekte schon in anderen Städten erfolgreich gibt. Vielleicht ist es möglich, von solchen zu lernen. Frau Wolff erwidert, dass die bereits in der Region vorhandenen Apps kombiniert und auf einer gemeinsamen Bühne angeboten werden können. Herr Rössig stellt fest, dass es für den Regionalverband eine große Chance ist, mit Hilfe der Fördermittel und der geschilderten Informationsprojekte noch mehr (potenzielle) Fahrgäste anzusprechen und für den ÖPNV zu gewinnen. Frau vom Hofe empfiehlt, für die Softwareentwicklung Angebote einzuholen. Herr Kramer legt dar, dass er dieses Projekt als unterstützende Werbemaßnahme des vorhanden ÖPNV- Angebotes sieht. Herr Schneider fragt nach, ob der VRB in die Inhalte und Bearbeitung mit einbezogen wird. Frau Wolff bejaht dies und verweist in diesem Zusammenhang auf das betriebliche Mobilitätsmanagement in Bezug auf das Job-Ticket, wo eine Kooperation mit dem VRB selbstverständlich ist.

Herr Schneider stellt fest, dass es keine weiteren Nachfragen gibt. Die Informationsvorlage ist somit zur Kenntnis genommen.

**Punkt 4****Erstellung eines strategischen Arbeitsprogramms für den Verband zur Weiterentwicklung der Region Großraum Braunschweig****Informationsvorlage 2018/37**

Berichterstatte: Herr Rössig

Herr Rössig teilt mit, dass zu diesem Thema ein Workshop geplant sei, um das umfangreiche Thema einschließlich der finanziellen Grundlagen angemessen behandeln zu können. Nach eingehender Diskussion wird sich auf den 23.10.2018 um 15 Uhr beim Regionalverband verständigt. Die erarbeiteten Ergänzungen bzw. Änderungen wären dann von der Verwaltung einzufügen, so dass das Konzept nach Möglichkeit noch in dem Gremienlauf Ende des Jahres beschlossen werden kann.

Herr Schneider stellt fest, dass die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wurde.

#### **Punkt 5**

##### **Antrag auf Zertifizierung als Fahrradfreundliche Kommune**

**hier: Sachstand und Ausblick**

##### **Informationsvorlage 2018/45**

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig erläutert die Vorlage.

Herr Schrader stellt fest, dass in der Informationsvorlage ein Datum im Text offenbar falsch ist. Herr Schneider teilt mit, dass das richtige Datum im Protokoll stehen wird.

Hinweis: Anstatt im 1. Satz Sachstand 30.10.2018 muss es richtig heißen: 30.01.2018.

Herr Schneider teilt mit, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen wurde.

#### **Punkt 6**

##### **Haushalt 2019 – Entwurf; Projekt-/maßnahmenbezogene Darstellung der wesentlichen Aufwendungen in den Teilhaushalten Regionalentwicklung und Regionalverkehr**

##### **Informationsvorlage 2018/44**

Herr Schneider teilt mit, dass das Zukunftskonzept und diese Vorlage zum Haushaltsentwurf 2019 am 23.10.2018 zusammen besprochen werden sollen.

Herr Rieck merkt an, dass er weitere Informationen zum Thema Personalaufstockung benötigt. Herr Schneider geht davon aus, dass zum Workshop auch die mit den Aufgaben verbundenen Auswirkungen auf das Stellentableau besprochen werden und die Verwaltung einen entsprechenden Stellenplanentwurf vorlegt.

Herr Siekmann fragt nach, was es mit den Kosten für das Gleis 220 auf sich hat. Herr Rössig antwortet, dass es sich hierbei um die sicherungstechnische Herrichtung des betrieblich erforderlichen Gleises handelt, um die Doppeltraktion des enno nach Wolfsburg möglich zu machen. Herr Siekmann möchte weiterhin wissen, was NKU Braunschweig - Harvesse bedeutet. Ist das der Start einer neuen standardisierten Bewertung?

Herr Rössig antwortet, dass es sich hier zunächst um die beschlossene genauere Untersuchung zum Nutzen/Kosten-Vergleich handelt.

Herr Schneider stellt fest, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen wird.

#### **Punkt 7**

##### **Anträge**

Herr Schneider stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

#### **Punkt 8**

##### **Anfragen**

##### **8.1**

**Sachstand: Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land / SchülerInnenticket in der Stadt Braunschweig– Ausweitung auf Verbandsgebiet möglich? / Klimaanlage in Bussen der Regionalverkehre**

**- Anfrage der Fraktion Die Linke –**

Frau Köllner fragt nach, warum es weiterhin möglich ist, dass die privaten Verkehrsunternehmen ältere Reisebusse ohne Klimaanlage einsetzen. Herr Rössig teilt ergänzend zur Vorlage mit, dass es mit Blick auf die Nutzen-Kosten-Relation zu aufwendig sei, ältere Busse mit Klimaanlage nachzurüsten. Stattdessen soll auf der Grundlage des laufenden sowie des neuen Nahverkehrsplans bei neu zu beschaffenden Bussen darauf geachtet werden, dass diese z. B. mit Klimaanlage und auch modernen Fahrgastinformationseinrichtungen ausgestattet sind.

Herr Schneider teilt mit, dass die Anfrage und die beantwortende Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wurden.

**8.2**

**Wann kann regionsweites günstiges Schülerticket kommen?**

**- Anfrage der Fraktion der FDP -**

Herr Schneider teilt mit, dass die Anfrage und die beantwortende Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wurden.

Herr Schneider informiert, dass eine weitere Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Elektrifizierung von Bahnstrecken als Tischvorlage vorliegt. Herr Rössig antwortet darauf, dass beabsichtigt sei, das Thema im Rahmen des SPNV-Konzeptes 2030+ sowie der Erstellung des NVP 2020 zu behandeln. Die Strecken, für die eine Elektrifizierung Sinn machen könnte, würden als „Prüfbedarf“ abgebildet. Elektrotriebfahrzeuge würden stärker beschleunigen und benötigten daher kürzere Fahrzeiten zwischen den Stationen. Man kann also ggf. mehr Stationen anfahren, ohne dass der Fahrplan durcheinander gerät.

Herr Schneider teilt mit, dass noch eine weitere Anfrage der Fraktion der SPD zum Thema neue ICE-Sprinterlinie zwischen Berlin und Köln vorliegt. Herr Rössig informiert, dass es gegenwärtig drei ICE-/IC-Linien gibt, die in Wolfsburg halten:

- A) Linie 10: Berlin – Köln, hält in Wolfsburg bislang nur alle 2 Stunden
- B) Linie 32, hält in Wolfsburg nur in einzelnen Lagen (kein Taktverkehr)
- C) Linie 77, fährt in die Niederlande, hält ebenfalls nur alle 2 Stunden in Wolfsburg.

Die o. e. neue Sprinterlinie wird nicht in Wolfsburg halten. Zukünftig soll dafür aber die Linie 10 stündlich und die Linie 32 regelmäßig in Wolfsburg halten, sodass in der Summe eine Verbesserung zu erwarten ist.

Herr Siekmann fragt nach, welche Auswirkungen sich daraus auf den Nahverkehr im Verbandsgebiet ergeben. Herr Rössig teilt mit, dass der stündliche Halt der Linie 10 gut mit dem enno verknüpft werden kann. Mit dem zweigleisigen Ausbau der Weddeler Schleife sei das Zusammenspiel zwischen Nah- und Fernverkehr zudem besser planbar.

Herr Schubert weist darauf hin, dass er in der Mai-Sitzung nachgefragt hatte, welche Auswirkungen der Brückenausbau in Hannover auf den Nahverkehr in unserem Verbandsgebiet haben wird. Die Informationen darüber hat er nun der örtlichen Presse entnommen und bittet darum, dass die Ausschussmitglieder nach Möglichkeit über solche gravierenden Fahrplanänderungen vorab informiert werden.

Herr Siekmann spricht das Problem Weichen/Bahnhof Oker an. Herr Rössig teilt mit, dass für die Infrastruktur die DB Netz AG verantwortlich sei. Der Regionalverband habe seiner Zeit akzeptieren müssen, dass für das derzeitige Fahrplanangebot die in Rede stehende Weichenverbindung nicht zwingend erforderlich ist.

Über die Vorhaltung von Kapazitätsreserven im Schienennetz für den Fall betrieblicher Störungen hat der Verband nicht zu entscheiden.

Herr Schneider stellt fest, dass keine weiteren mündlichen Anfragen vorliegen.

## **Punkt 9**

### **Mitteilungen**

#### **- Sachstand „Echtzeitprojekt“ – Zuwendungsbescheid DFI-Anzeige**

Herr Rössig teilt mit, dass der Zuwendungsbescheid noch nicht eingegangen ist.

#### **- E-Ticketing: Finanzielle Förderung der Umsetzung eines digitalen Vertriebs im VRB**

Herr Rössig informiert, dass der Regionalverband eine Förderung gegenüber dem VRB ausgesprochen hat in Höhe von 75% der Gesamtkosten, die sich auf insgesamt 435.000 Euro belaufen.

#### **- Baustellensituation und betriebliche Engpässe im SPNV**

Herr Rössig teilt mit, dass es weiterhin Engpässe im Personalbereich sowohl bei der DB Netz AG wie auch zum Teil bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen gibt. Die beabsichtigten Mehrbestellungen konnten vor diesem Hintergrund nicht vollständig abgenommen werden.

Der Regionalverband sei mit der DB Netz AG im Gespräch, dass die mechanische, personalintensive Sicherungstechnik gerade im Nebennetz mit Hochdruck auf elektronische Technik umgestellt wird.

Frau Köllner möchte wissen, ob sich die personellen Engpässe auch auf den Spätzug von Gifhorn nach Uelzen auswirken würden? Herr Rössig antwortet, dass dieser Zug seit dem kleinen Fahrplanwechsel im Sommer dieses Jahres verkehren würde. Herr Schrader wirft ein, dass er es sich wünscht, dass alle mündlichen Aussagen/Antworten seitens der Verwaltung schriftlich formuliert werden sollen. Herr Brandes erwidert, dass es kontinuierlich Gespräche und aktuelle Sachstände z. B. mit der DB AG gibt und weist auf die vielfältigen Möglichkeiten des Informationsflusses zwischen Verwaltung und Ausschussmitgliedern hin. Der entstehende Verwaltungsaufwand sollte berücksichtigt werden. Herr Schneider stellt nach kurzer allgemeiner Diskussion fest, dass es beim bisherigen Verfahren bleiben soll.

#### **- nachrichtlich (behandelt im Verbandsausschuss am 09.08.2018):**

**Bestellung weiterer Verstärkerzüge auf der ENNO-Linie RE 30 Wolfsburg- Gifhorn – Hannover**

**- Antrag der Fraktion der SPD vom 23.07.2018 –**

Herr Rössig teilt mit, dass die Vorlage bereits im Verbandsausschuss behandelt und angenommen worden sei. Das komplexe Thema wird nun gründlich untersucht. Frau Köllner fragt nach, ob der zurückliegende Antrag der Linken dort mit eingearbeitet wird. Herr Schneider verneint dies, da die Vorlage bereits beschlossen worden ist.

Herr Rössig teilt weiterhin mit, dass die tarifliche Anschlussmobilität im Niedersachsentarif ab dem 09.12.2018 gilt.

Herr Schneider schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Gäste, den Raum zu verlassen. Er kommt zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Da es keine Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, gilt diese als beschlossen.



Schneider  
Vorsitzender



Brandes  
Verbandsdirektor



Schumacher  
Protokollführerin

*Protokollnotiz:*

*Die Anlagen zu diesem Protokoll liegen nur in elektronischer Form im Sitzungsinformationssystem des Regionalverbandes vor.*